

Die Satzung des Verbandes Siedler und Gartenfreunde Wiesenthau wird in ihrer jeweils aktuellen Fassung durch den Vorstand beschlossen.

Die Satzung des Verbandes Siedler und Gartenfreunde Wiesenthau wird durch den Vorstand beschlossen.

Satzung der

Siedler und Gartenfreunde Wiesenthau

Verband Wohneigentum



91369 Wiesenthau
Stand April 2023

Teil I

Die Satzung des „Verbands Wohneigentum, Landesverband Bayern e.V.“ wird in ihrer jeweils aktuellen Fassung dieser Satzung vorangestellt.

Die Satzung des „Verbands Wohneigentum, Bezirksverband Oberfranken e.V.“ wird in ihrer jeweils aktuellen Fassung dieser Satzung vorangestellt.

Teil II

Satzungsbestimmungen der Siedler und Gartenfreunde Wiesenthau.

§1

Name, Sitz, Geschäftsjahr

1. Der Verein führt den Namen „Siedler und Gartenfreunde Wiesenthau“
2. Der Verein hat seinen Sitz in 91369 Wiesenthau.
3. Das Geschäftsjahr des Vereins ist das Kalenderjahr.

§2

Gemeinnützigkeit

1. Die Siedlergemeinschaft Siedler und Gartenfreunde Wiesenthau verfolgen ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des Abschnitts „Steuerbegünstigte Zwecke“ der Abgabenordnung.
2. Die Gemeinschaft ist selbstlos tätig. Sie verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke.
3. Mittel der Gemeinschaft dürfen nur für satzungsgemäße Zwecke verwendet werden. Die Mitglieder erhalten keine Zuwendungen aus Mitteln der Gemeinschaft.
4. Es darf keine Person durch Ausgaben, die dem Zweck der Gemeinschaft fremd sind oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen begünstigt werden.

§3

Zweck und Verwirklichung

1. Der Zweck des Vereins ist:
 - a) Förderung des Siedlungsgedankens
 - b) Förderung des Naturschutzes, der Landschaftspflege und des Umweltschutzes
 - c) Förderung der Kleingärtnerei
 - d) Förderung des traditionellen Brauchtums und der Denkmalpflege
 - e) Förderung der Verbraucherberatung

f) Förderung des familiengerechten Wohnens

2. Der Vereinszweck wird verwirklicht durch:

- a) Mitwirkung und Beratung bei der Aufstellung von lokalen Bebauungsplänen, insbesondere hinsichtlich sparsamen Bodenverbrauchs und geringstmöglicher Versiegelung des natürlichen Bodens.
- b) Unterstützung und Aufklärung im Bereich des Umwelt-, Lärm- und Landschaftsschutzes, z.B. im Bereich sparsamer Energieeinsatz und Nutzung regenerativer Energien zur Erhaltung einer gesunden Umwelt für unsere Familien.
- c) Beratung über Pflanzenanbau und Kleingärtnerei im Sinne des § 52 Abs. 2 Nr. 23 AO der Familien und Gartenbesitzer.
- d) Pflege des traditionell in unserer Region stark verwurzelten Brauchtums, der Brauchtumpflege mit angrenzenden Regionen sowie der Pflege von Denkmälern.
- e) Verbraucherberatung wie z.B. bei Fragen des Umweltschutzes, der Sperrmüll- und Abfallentsorgung, des Kaufs gesunder Lebensmittel, artgerechte Tierhaltung, Reinhaltung der Luft u.a..
- f) Information und Beratung der Vereinsmitglieder über familiengerechtes Wohnen.
- g) Bereitstellung und Unterhaltung von Geräten zur gemeinschaftlichen Nutzung.

§4

Organisation

Die Siedlergemeinschaft Siedler und Gartenfreunde Wiesenthau ist unter Beibehaltung ihrer rechtlichen und organisatorischen Selbständigkeit ein Mitglied des Landesverbands, des Bezirksverbands und des Kreisverbands des Verbands Wohneigentum.

Die Gemeinschaft ordnet ihre Angelegenheiten nach eigenem Ermessen wenn auch unter Beachtung der satzungsrechtlichen allgemeinen Grundsätze der Gesamtorganisation.

Der Verein ist auch demokratischer Grundlage aufgebaut. Er ist parteipolitisch und konfessionell neutral.

§7

Erwerb der Mitgliedschaft (Ordentliche Mitgliedschaft)

Ordentliches Mitglied des Vereins kann jede natürliche Person werden, die Eigentümer bzw. am Erwerb von Grund- und Wohneigentum interessiert ist, sowie die Ziele und Aufgaben des Verbands Wohneigentum durch seine Mitgliedschaft unterstützen möchte.

Der Beitrittsantrag ist schriftlich beim Vorstand zu stellen.

Die Aufnahme gilt als bestätigt, wenn dem neuen Mitglied die erforderlichen Unterlagen des Verbandes ausgehändigt sind. Dies muss innerhalb von acht Wochen nach Eingang des Aufnahmeantrags der Fall sein.

Die Ablehnung des Aufnahmeansuchens bedarf keiner schriftlichen Begründung. Ein Beschwerderecht steht dem Antragsteller nicht zu.

Mit der Stellung des Aufnahmeantrags erkennt das eintretende Mitglied an, dass die erforderlichen persönlichen Daten an die „Verband Wohneigentum“ weitergegeben werden. Dieser nutzt die Daten nur und ausschließlich zur Erfüllung der satzungsmäßigen Ziele und zur Gewährung der satzungsmäßigen Leistungen.

Die sich aus der Mitgliedschaft ergebenden Leistungen sind familien- bzw. objektgebunden. Zum Kreis der Familie gehört der nicht dauernd getrennt lebende Ehegatte, der Lebensgefährte oder der/die eingetragene Lebenspartner(in), sowie die im Objekt wohnenden Abkömmlinge. Sie können die Leistungen des Verbandes Wohneigentum wie Mitglieder in Anspruch nehmen.

Als Objekte gelten die über den Mitgliedsbeitrag im Rahmen der Haus- und Grundstückshaftpflichtversicherung abgedeckten Häuser, Wohnungen und Grundstücke.

§8 Fördernde Mitgliedschaft

Förderndes Mitglied des Vereins können natürliche oder juristische Personen werden, welche die Ziele und Aufgaben des Verbandes Wohneigentum durch ihre Mitgliedschaft unterstützen wollen. Bezüglich der Beitrittsregelung und den Regelungen zur Beendigung der Mitgliedschaft gelten die §§7 und 9 analog. Fördernde Mitglieder haben keinen Anspruch auf Leistungen des Verbandes Wohneigentum und des Vereins. Sie genießen jedoch volles Rede- und Stimmrecht sowie aktives und passives Wahlrecht. Juristischen Personen steht ein passives Wahlrecht nicht zu.

§9 Beendigung der Mitgliedschaft

Die Mitgliedschaft endet:

- a) Durch freiwilligen Austritt
- b) Mit dem Tod des Mitglieds
- c) Durch Ausschluss aus dem Verein

zu a)

Der freiwillige Austritt erfolgt durch schriftliche Erklärung gegenüber dem Vorstand des Vereins. Er ist nur zum Ende eines Kalenderjahres unter Einhaltung einer Kündigungsfrist von zwei Monaten zulässig.

zu b)

Durch den Tod eines Mitglieds endet dessen Mitgliedschaft. Eine solchermaßen erloschene objektgebundene Mitgliedschaft kann durch den Hinterbliebenen Ehegatten, Lebensgefährten(in) oder eingetragene(n) Lebenspartner(in) fortgesetzt werden, wenn nicht eine anders lautende Erklärung innerhalb von sechs Wochen nach dem Tod des Mitglieds schriftlich gegenüber dem Vorstand abgegeben wird. Andere Erben/Rechtsnachfolger beginnen eine neue ordentliche Mitgliedschaft.

zu c)

Ein Mitglied kann durch Beschluss des Vorstandes aus dem Verein ausgeschlossen werden, wenn das Mitglied durch sein sonstiges Verhalten die Interessen oder das Ansehen des Vereins beschädigt. Dies ist insbesondere dann der Fall, wenn

- a) Das Mitglied wiederholt vorsätzlich oder grob fahrlässig gegen die Vereinsinteressen verstößt,
- b) das Mitglied ehrlose Handlungen begeht,
- c) das Mitglied durch sein Verhalten, durch Äußerungen etc. das Ansehen des Vereins, trotz schriftlich ausgesprochener Abmahnung, weiterhin in der Öffentlichkeit schädigt.

Vor Beschlussfassung über den Ausschluss ist dem Mitglied unter Setzung einer angemessenen Frist Gelegenheit zu geben, sich persönlich oder schriftlich vor dem Vorstand zu äußern bzw. zu rechtfertigen.

Der Beschluss über den Ausschluss ist von Seiten des Vorstandes mit Gründen zu versehen und dem Mitglied mittels eingeschriebenen Briefs oder durch Niederlegung bekannt zu machen.

Gegen die Ausschließung kann innerhalb eines Monats ab Aufgabe zur Post schriftlich Widerspruch erhoben werden. Der Widerspruch hat aufschiebende Wirkung. Er wird bei der nächsten Mitgliederversammlung behandelt und endgültig entschieden.

Allen ausscheidenden Mitgliedern stehen Ansprüche an das Vereinsvermögen nicht zu. Insbesondere werden Beiträge, freiwillige Spenden u.a. nicht zurückerstattet.

§10

Rechte und Pflichten der Mitglieder sowie Beitragsregelung

1. Alle ordentlichen Mitglieder sind berechtigt an den Beschlussfassungen der Mitgliederversammlungen mit vollem Rede- und Stimmrecht sowie aktiven und passivem Wahlrecht teilzunehmen.

Das Stimmrecht darf bei Mitgliederversammlungen, bei gleichzeitiger Anwesenheit, nur von einem Ehegatten oder Lebensgefährten(in) / eingetragene Lebenspartner(in) ausgeübt werden, es sei denn es besteht eine objektgebundene Doppelmitgliedschaft.

2. Die zur Erfüllung der Aufgaben des Vereins und des übergeordneten Verbands erforderlichen Mittel werden durch Mitgliedsbeiträge erbracht.

Die Mitglieder sind verpflichtet, den von der Mitgliederversammlung festgelegten Jahresbeitrag (Gesamtbeitrag für die Gemeinschaft und die weiteren Gliederungen) spätestens bis zum März jeden Jahres für das laufende Kalenderjahr zu entrichten.

Bei dem Mitgliedsbeitrag handelt es sich um eine Bringschuld. Der Nachweis der ordnungsgemäßen Beitragszahlung obliegt dem Mitglied.

Die jährlichen Mitgliedbeiträge werden um Bankeinzugsverfahren erhoben. Barzahlung ist in Ausnahmefällen möglich.

Der Verein ist verpflichtet die von den übergeordneten Verbandsstrukturen festgelegten Weiterleitungsbeiträge zu erheben und abzuführen. Die Details zum Modus der Festlegung sowie zur Höhe und Fälligkeit der Weiterleitungsbeiträge sind im Finanzstatut des „Verband Wohneigentum

Landesverband Bayern e.V.“ festgelegt.

Abweichend von §18 Ziffer 2 Buchstabe f der Satzung kann, soweit sich an den Dachverband zu zahlende Weiterleitungsbeiträge erhöhen, eine Anpassung des jährlichen Mitgliedsbeitrags – ohne besonderen Beschluss der Mitgliederversammlung – maximal in dieser Höhe, durch den Vorstand direkt vorgenommen werden.

§11 Organe des Vereins

Organe des Vereins sind:

- a) Der Vorstand
- b) Die Mitgliederversammlung

§12 Der Vorstand

Der Vorstand des Vereins besteht aus:

- a) Dem Vorsitzenden
- b) Dem Kassier
- c) Dem erweiterten Vorstand mit den Beisitzern

Die weiteren Tätigkeiten werden unter den Beisitzern (Stellvertretung, Schriftführer) von Fall zu Fall festgelegt.

Die Anzahl der Beisitzer wird durch die Mitgliederversammlung jeweils vor der Wahl festgelegt.

Der Vorstand ist befugt Rechtsgeschäfte bis zur Höhe des Vereinsvermögens zu tätigen.

Der Verein wird vertreten durch den Vorsitzenden, den stellvertr. Vorsitzenden, wenn vorhanden, sowie den Kassier, jeweils zwei der Personen gemeinsam.

Die Vertretungsbefugnis des stellvertr. Vorsitzenden, oder eines Mitglieds des erweiterten Vorstandes, wird im Innenverhältnis auf den Fall der tatsächlichen Verhinderung des Vorsitzenden beschränkt.

§13 Die Zuständigkeit des Vorstands

Der Vorstand ist für alle Angelegenheiten des Vereins zuständig, soweit sie nicht durch die Satzung einem anderen Vereinsorgan zugewiesen sind.

Der Vorstand hat vor allem folgende Aufgaben:

- a) Vorbereitung der Mitgliederversammlung und Aufstellung der Tagesordnung
- b) Fristgerechte Einberufung der Mitgliederversammlung
- c) Erstellung der Rechenschafts- und Kassenberichte im Rahmen der Mitgliederversammlung
- d) Ausführung der Beschlüsse der Mitgliederversammlung
- e) Beschlussfassung über den Ausschluss von Mitgliedern

Der Vorstand hat die ihm obliegenden Pflichten gewissenhaft zu erfüllen und die Beschränkungen einzuhalten, die durch Gesetz, Satzung oder Beschlüsse der Mitgliederversammlung festgelegt sind. Bei der Führung der Geschäfte ist der Vorstand gehalten, die sich aus der Zugehörigkeit zum Verband Wohneigentum ergebendes Recht wahrzunehmen und Pflichten zu erfüllen.

§14

Amtsdauer des Vorstands und Form der Wahl

Der Vorstand wird von der Mitgliederversammlung auf die Dauer von 3 Jahren gewählt. Er bleibt jedoch bis zur Neuwahl im Amt. Wiederwahl ist möglich.

Scheidet ein Vorstandsmitglied – gleich aus welchem Grund – aus, so übernehmen die verbleibenden Vorstandsmitglieder die Aufgaben des ausgeschiedenen Vorstandsmitglieds bis zur nächsten Mitgliederversammlung.

Die Abstimmung bei Wahlen erfolgt im Regelfall geheim durch Stimmzettel. Nur wenn die Mitgliederversammlung sich einstimmig dafür ausspricht kann die Abstimmung offen per Handzeichen (Akklamation) erfolgen.

Als gewählt gilt, wer die meisten der abgegebenen gültigen Stimmen erhalten hat. Bei Stimmgleichheit ist eine Stichwahl durchzuführen. Stimmenthaltungen werden nicht gezählt.

§15

Beschlussfassung des Vorstands

Der Vorstand fasst seine Beschlüsse im Allgemeinen in Vorstandssitzungen, die vom Vorsitzenden, bei dessen Verhinderung, vom stellvertretenden Vorsitzenden, schriftlich, fernmündlich oder per E-Mail einberufen werden.

Es soll bei der Einladung zur Vorstandssitzung eine Frist von einer Woche eingehalten werden. Einer Mitteilung der Tagesordnung bedarf es nicht.

Die Vorstandssitzung wird vom Vorsitzenden, bei dessen Verhinderung durch ein Mitglied des erweiterten Vorstandes geleitet.

Der Vorstand ist beschlussfähig, wenn mindestens die Hälfte des erweiterten Vorstandes, darunter der Vorsitzende oder der Kassier, anwesend sind.

Bei der Beschlussfassung entscheidet die Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen. Stimmenthaltungen bleiben außer Betracht.

Bei Stimmgleichheit entscheidet die Stimme des Vorsitzenden.

Über die Sitzung ist ein Protokoll anzufertigen. Das Sitzungsprotokoll ist vom Sitzungsleiter und dem Schriftführer zu unterzeichnen. Das Protokoll soll Ort und Zeit der Vorstandssitzung, die Namen der Teilnehmer, die gefassten Beschlüsse sowie das Abstimmungsergebnis enthalten.

§16

Mitgliederversammlung

1. Die Mitgliederversammlung ist das oberste Vereinsorgan. Sie wird vom Vorsitzenden, bei dessen Verhinderung vom stellvertretenden Vorsitzenden, wenn vorhanden oder einem anderen Mitglied des erweiterten Vorstandes geleitet. Ist kein Vorstandsmitglied anwesend, bestimmt die Versammlung den Leiter.
Bei Wahlen kann die Versammlungsleitung für die Dauer des Wahlgangs einem Wahlausschuss übertragen werden.
2. In der Mitgliederversammlung hat jedes ordentliche Mitglied eine Stimme. Die Stimme ist objektgebunden, d.h. pro Objekt eine Stimme.
(siehe insoweit auch §10 Ziff. 1 der Satzung)
3. Kann bei er Abstimmung das Mitglied nicht persönlich anwesend sein, so kann durch schriftliche Erklärung sein/e Ehefrau/Ehemann oder ein anderes ordentliches Mitglied des Vereins bevollmächtigt werden.

§17

Einberufung der Mitgliederversammlung

1. Die Mitgliederversammlung ist vom Vorstand jährlich einmal, möglichst im ersten Vierteljahr nach Ablauf des Geschäftsjahres einzuberufen. Die Einladung erfolgt unter Bekanntgabe der Tagesordnung.
2. Die Einberufung erfolgt schriftlich unter Einhaltung einer Frist von 2 Wochen oder Veröffentlichung im Gemeindeblatt.
Bei postalischen Einladungen beginnt die Einladungsfrist mit dem dritten Tag, an dem die Einladung zur Post gegeben worden ist. Das Einladungsschreiben gilt dem Mitglied als zugegangen, wenn es an die letzte vom Mitglied dem Verein schriftlich bekannt gegebene Adresse übersandt worden ist.

§18

Beschlussfassung der Mitgliederversammlung

1. Die Mitgliederversammlung ist beschlussfähig wenn mindestens 10% (objektgebunden) der Mitglieder anwesend sind.
Bei Beschlussunfähigkeit ist der Vorstand verpflichtet innerhalb von vier Wochen eine zweite Mitgliederversammlung mit der gleichen Tagesordnung einzuberufen; diese ist ohne Rücksicht auf die Zahl der erschienenen Mitglieder beschlussfähig. Hierauf ist in der erneuten Einladung hinzuweisen.
2. Der Zuständigkeit/Beschlussfassung der Mitgliederversammlung unterliegen:
 - a) Die Satzung des Vereins (Änderungen/Neufassung)
 - b) die Wahl und Abberufung der Mitglieder des Vorstands und der Revisoren
 - c) Rechenschafts- und Kassenbericht des Vorstands
 - d) Revisionsbericht und die Entlastung des Vorstands

- e) Beschlussfassung über den Widerspruch gegen einen Mitgliederausschlussbeschluss des Vorstands
- f) die Festlegung der Höhe des Jahresbeitrags
- g) Beschlussfassung über die Ergänzung der Tagesordnung
- h) Die Auflösung des Vereins

In Angelegenheiten, die in den Zuständigkeitsbereich des Vorstands fallen, kann die Mitgliederversammlung Empfehlungen an den Vorstand beschließen. Der Vorstand kann seinerseits in Angelegenheiten seines Zuständigkeitsbereichs die Meinung der Mitgliederversammlung einholen.

3. Die Mitgliederversammlung fasst Beschlüsse im Allgemeinen mit einfacher Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen; Stimmenthaltungen bleiben außer Betracht. Stimmgleichheit gilt als Ablehnung.
4. Satzungsänderungen bedürfen einer Stimmenmehrheit von zwei Dritteln der anwesenden wahlberechtigten Mitglieder. Die Beschlussfassung über die Auflösung des Vereins oder dem Austritt des Vereins aus dem Dachverband bedürfen einer Mehrheit von drei Viertel der anwesenden wahlberechtigten Mitglieder.

Bei der Abstimmung über die Auflösung des Vereins oder dem Austritt aus dem Dachverband muss die Hälfte der gemeldeten Mitglieder anwesend sein. Ist die erforderliche Anzahl der Mitglieder nicht vorhanden, ist wie unter Ziffer 1 bei Beschlussfähigkeit zu verfahren.

Bei Satzungsänderungen bzw. Satzungsneufassungen sind die Satzungsbestimmungen des Dachverbands zu beachten.

5. Eine Änderung des Vereinszwecks kann nur mit Zustimmung aller Mitglieder beschlossen werden. Die schriftliche Zustimmung der in der Mitgliederversammlung nicht erschienen Mitglieder kann nur innerhalb eines Monats gegenüber dem Vorstand erklärt werden.
6. Abstimmungen in der Mitgliederversammlung erfolgen in der Regel offen durch Handzeichen, sofern nicht von der Mehrheit der stimmberechtigten anwesenden Mitglieder eine geheime Abstimmung verlangt wird. Abstimmungen in Zusammenhang mit Wahlen sind in §14 der Satzung gesondert geregelt.

§19

Nachträgliche Anträge zur Tagesordnung

Anträge der Mitglieder zur Tagesordnung müssen mindestens eine Woche vor dem Termin der Mitgliederversammlung beim Vorstand schriftlich eingereicht werden. Nicht rechtzeitig eingegangene Anträge können nur behandelt werden, wenn zwei Drittel der in der Mitgliederversammlung anwesenden stimmberechtigten Mitglieder die Dringlichkeit des Antrags anerkennen und für die Aufnahme in die Tagesordnung votieren.

Anträge auf Satzungsänderungen oder –Neufassung, Auflösung des Vereins oder Austritt des Vereins aus dem Dachverband dürfen nicht nachträglich in die Tagesordnung aufgenommen werden bzw. nicht als Dringlichkeitsanträge behandelt werden.

§20

Außerordentliche Mitgliederversammlung

Der Vorstand kann jederzeit eine außerordentliche Mitgliederversammlung einberufen. Diese muss einberufen werden, wenn das Interesse des Vereins es erfordert oder wenn die Einberufung von einem Drittel der Vereinsmitglieder schriftliche unter Angabe des Zwecks und der Gründe vom Vorstand verlangt wird.

Für die außerordentliche Mitgliederversammlung gelten die §§15, 16, 17, und 18 dieser Satzung entsprechend.

§21

Dokumentation

Über die Vorstandssitzungen und Mitgliederversammlungen ist ein Protokoll anzufertigen. Das Protokoll ist vom Sitzungs- bzw. Versammlungsleiter und dem Schriftführer zu unterzeichnen. Das Protokoll soll Ort und Zeit der Sitzung/Versammlung, die Namen der Teilnehmer, die gefassten Beschlüsse sowie das Abstimmungsergebnis enthalten.

Ressortbereiche können dem Protokoll beigelegt werden.

§22

Vereinsdelegierte

Delegierte zu den Veranstaltungen der übergeordneten Verbandsebenen werden vom Vorstand in der Regel aus dem Kreis der Vorstandsmitglieder benannt.

Hierbei ist der Delegiertenschlüssel der übergeordneten Verbandsebene zu beachten.

§23

Revision

Die Geschäftsführung des Vorstands einschließlich der Kassen- und Buchführung ist mindestens einmal jährlich durch zwei von der Mitgliederversammlung ebenfalls auf 3 Jahre gewählte Revisoren einer genauen Prüfung zu unterziehen.

Die Mitglieder des Vorstands haben die Revisoren jede notwendige Auskunft zu erteilen.

Das Revisionsergebnis ist bei der nächstfolgenden Mitgliederversammlung durch einen der Revisoren in geeigneter Weise bekannt zu machen.

Im Falle einer positiv verlaufenden Revision schlägt einer die beiden Revisoren der Mitgliederversammlung die Entlastung des Vorstands vor.

Über diesen Antrag muss die Mitgliederversammlung entscheiden.

Die Revisoren können nicht gleichzeitig Mitglieder des Vorstands sein.

§24

Auflösung des Vereins und Anfallsberechtigung

- a) Die Auflösung des Vereins kann nur in einer besonders dafür anberaumten Mitgliederversammlung mit der in §17 Ziff. 4 festgelegten Stimmenmehrheit beschlossen werden.

Sofern die Mitgliederversammlung nichts anderes beschließt, sind der Vorsitzende und der stellvertretende Vorsitzende im Falle der Auflösung gemeinsam vertretungsberechtigte Liquidatoren.

- b) Nach Abschluss der Liquidation oder nach Wegfall des steuerbegünstigten Zwecks geht das noch vorhandene Gemeinschaftsvermögen an einen durch die Mitgliederversammlung mit einfacher Mehrheit zu bestimmenden Zweck über, mit der Auflage, dies für gemeinnützige Zwecke zu verwenden.

§25

Inkrafttreten

Die vorstehende Satzung wurde von der Mitgliederversammlung am 31. Januar 2016 beschlossen.

Die vorstehende Satzung wurde in der Mitgliederversammlung am 31. Januar 1988 beschlossen, am 10. November 1991 ergänzt.

Die vorstehende Satzung wurde in der außerordentlichen Mitgliederversammlung am 29. April 2023 einstimmig mit den div. Änderungen beschlossen.

Wiesenthau, den 29. April 2023

